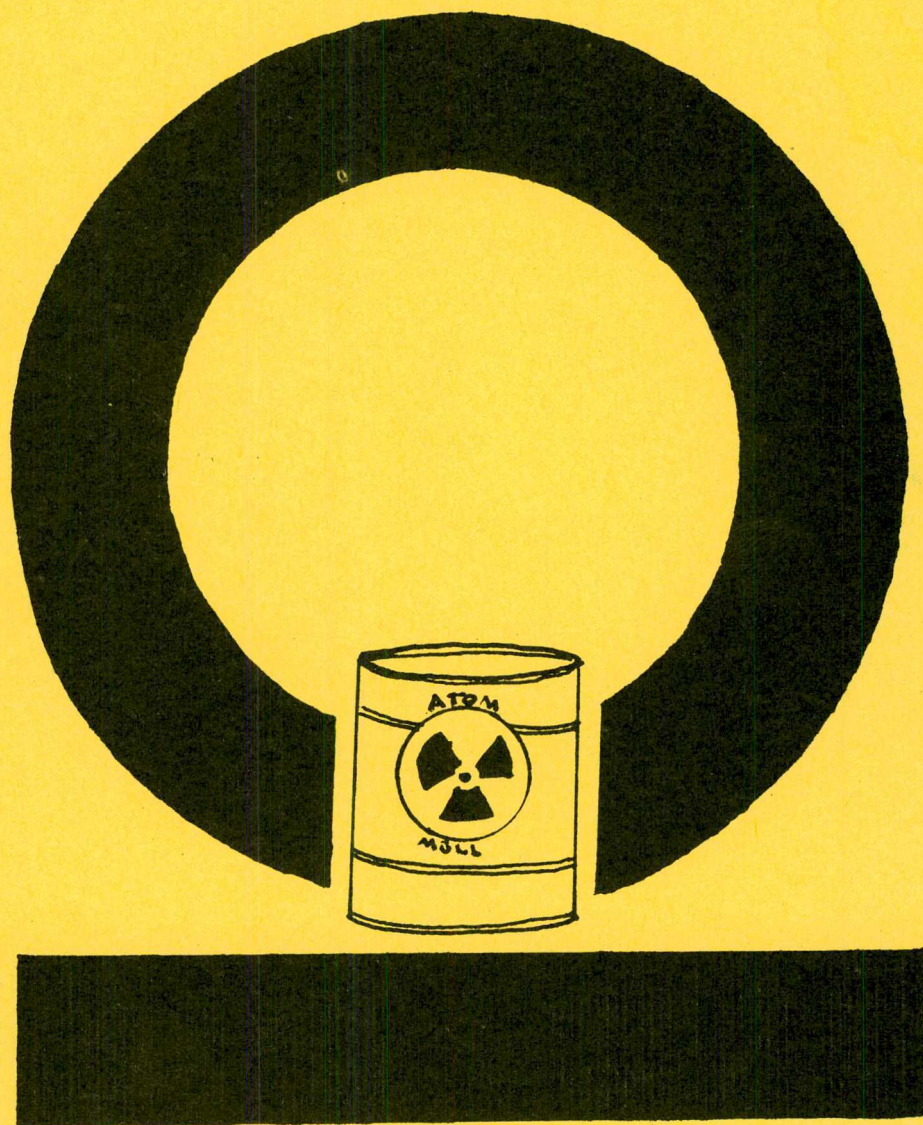


SALZGITTER / BRAUNSCHWEIG:

EINE

REGION WIRD

ENDGELAGERT



WIE UNS DIE 'SALZGITTER AG' DIE ATOMINDUSTRIE BRINGT

ÜBER DIESE BROSCHÜRE

Diese Broschüre soll sich nicht mit den sicherheitstechnischen und gesundheitsgefährdenden Problemen des geplanten atomaren Endlagers Konrad bei Salzgitter auseinandersetzen. Dazu ist schon und wird noch sicherlich viel geschrieben.

Wir wollen vielmehr schwerpunktmäßig den wirtschaftlichen Aspekt diskutieren, genauer:

Warum soll gerade Konrad zum Endlager werden, wo es doch in der BRD noch wesentlich mehr stillgelegte Erz und Kohlegruben gibt?

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Stahlkrise und Schacht Konrad? Wie werden sich diese beiden Faktoren auf das wirtschaftliche und soziale Überleben dieser Region weiter auswirken? Ist Schacht Konrad der Beginn einer Umstrukturierung zur Atomwirtschaftsregion?

Um das Ergebnis vorweg zu nehmen:

Ausschlaggebend für die Ansiedlung eines atomaren Endlagers in Schacht Konrad waren wirtschaftliche Interessen des Salzgitter-Konzerns - ein Konzern, der wie kein anderer die wirtschaftliche Entwicklung einer ganzen Region mitbestimmt hat, und von dem Kommunalpolitik und andere gesellschaftliche Gruppen abhängig sind.

Konrad wird erst der Beginn einer weiteren atomaren Industrieansiedlung sein. Im Gegensatz zur jetzt schon vorhandenen Industrie wird diese dann den radioaktiven Dreck, der mit Hilfe des Konzerns produziert wird, nach Salzgitter zurückbringen.

Ziel dieser Broschüre soll sein, neben den bisherigen Ebenen der Auseinandersetzung eine neue Argumentation im Kampf gegen Konrad zu entwickeln und neue BündnispartnerInnen zu gewinnen.

INHALT

Der Weg von der Stahl- zur Atomindustrie	Seite
Die Salzgitter Gruppe	
Die Entsorgung radioaktiver Abfälle	
Der radioaktive Müll	
Konditionierungsverfahren	
Schacht Konrad	
Politisches Bemühen um atomare Folgeindustrie	
Die Auswirkungen auf die Region Salzgitter/Braunschweig	
Schlußbetrachtung	

IMPRESSUM:

Arbeitskreis gegen Atomenergie Braunschweig

33Braunschweig

Broschürenbestellung über o.g. Adresse

Spendenkonto: Postscheckamt Hannover



DE R WEG VON DER STAHL- ZUR ATOMINDUSTRIE

Die Stahlindustrie ist in der Krise. Als Ursache werden Überkapazität, Subventionspraxis des Auslands, zu hohe Lohnkosten etc. genannt. Verschwiegen wird, daß die Krise ein logisches Produkt des Wirtschaftssystems ist, dem wir unterworfen sind.

Dementsprechend gestalten sich auch die Lösungsversuche der bundesdeutschen Stahlbranche: Rationalisierung, Massenentlassung, verschärfte Konkurrenz auf dem europäischen Markt und politische Einflußnahme um die schwersten Folgen kapitalistischer Wirtschaftspolitik ins Ausland zu exportieren; aber auch Verlagerung der Produktions- und Dienstleistungsbereiche ist angesagt. Auswahlkriterium ist nicht das Wohl der ohnehin schon strapazierten Bevölkerung, sondern die Frage, wo sich Kapital relativ krisenfest und gewinnbringend anlegen läßt.

Für die Salzgitter AG ist es die Atomwirtschaft. So wurde Schacht Konrad nach alternativloser Untersuchung auf seine Eignung als Atomüllendlager festgelegt - eine Entscheidung, die im Wesentlichen vom Besitzer der Anlage, der P&S AG, auf Grund wirtschaftlicher Überlegungen getroffen wurde. Weitere Atomindustrie wird folgen.

Wir wollen in diesem Artikel Ursachen und Entwicklung der Stahlkrise und Umstrukturierung der Salzgitter AG vom Stahl- zum Atomindustriunternehmen beschreiben

Ökonomische Gesetzmäßigkeit

Hiesige Stahlherstellung unterliegt der allgemeinen kapitalistisch ökonomischen Gesetzmäßigkeit. Auf Grund des großen Kapitaleinsatzes ist der Hersteller aber stärker als anderswo gezwungen, seine Verwertungssituation zu verbessern, also Lohnkosten über Rationalisierung und Lohnabbau zu senken und eine hohe Kapitalauslastung zu erreichen. Letzteres kann nur dadurch geschehen, möglichst viel Stahl in einer Anlage zu einem möglichst hohen Verkaufspreis herzustellen. Da es in der kapitalistischen Wirtschaftswelt keine zentrale Bedarfsplanung gibt, über die Produktionsmenge und Preis einheitlich festgelegt werden, versucht jeder Stahlproduzent für sich das meiste herauszuholen. Im Endeffekt sind also nicht Marktbedingungen und Absatzchancen die Entscheidungskriterien für die Produktionsmenge, sondern das eigene Überleben, das darauf beruht, möglichst viel zu produzieren.

Ergänzende Varianten sind:

- hohe Stückzahl en durch möglichst niedrige Kosten zu erreichen, was durch Rationalisierung

etc realisiert wird,

- Über ruinösen Preiskrieg oder politische Entscheidungen Konkurrenten kaputtzumachen um sich so deren Absatzmarkt unter den Nagel zu reißen,

- neben der Erzeugung auch das Geschäft der Weiterverarbeitung (z.B. Maschinen- und Anlagenbau) zu entwickeln. Hier besteht die Möglichkeit über Spezialisierung den scharfen Konkurrenzkampf über einen 'sekundären' Produktionsbereich erträglich zu machen. Dabei sind jegliche neuen durch wirtschaftliche und technische Weiterentwicklung erschlossenen Märkte von besonderem Interesse, versprechen sie doch neue Absatzchancen mit Gewinn. Der Zweig der Atomindustrie ist ein solcher.

Wir werden im Folgenden zeigen, daß trotz Vorteils des BRD-Stahlkapitals auf dem internationalen Markt eine Marktsättigung und damit Absatzstagnation auch für die BRD eingetreten ist. Daraus folgt ein erbarmungsloser Wirtschaftskrieg und eine zunehmende Abwendung aus dem klassischen Produktionssektor hin zu neuen Bereichen, wobei besonders erfolversprechend ist einen Dienstleistungsbereich zu erschließen, der möglichst weit weg von Stahlproduktion und -verarbeitung angesiedelt ist.

Rationalisierung und Modernisierung

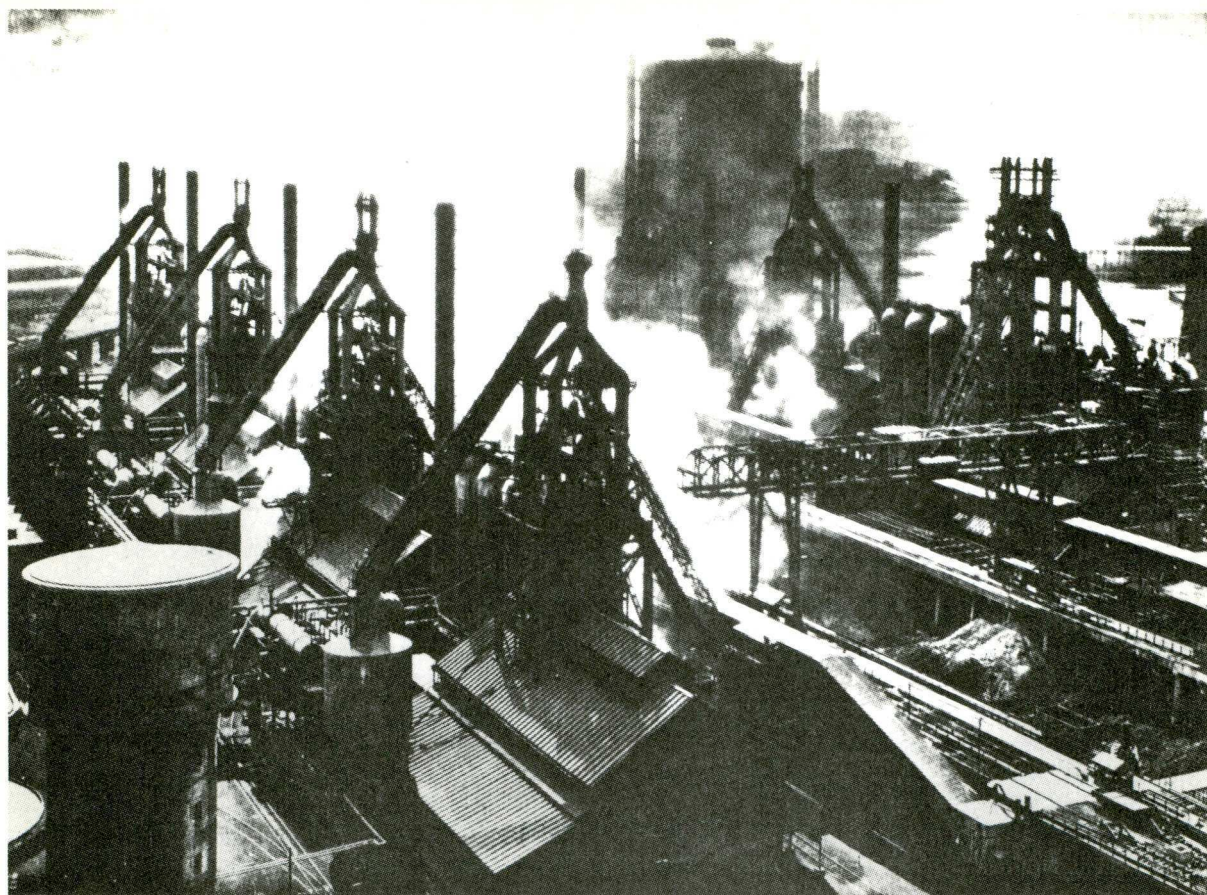
Nach dem zweiten Weltkrieg setzte bekanntlich ein großangelegter Aufbauboom ein, von dem besonders die Stahlindustrie profitierte, sodaß relativ unbekümmert auf Teufel komm raus drauflos produziert werden konnte. Auf Grund besonderer Konstellationen führte die erste Stahlkrise von 1970/71 aber dazu, daß die BRD-Stahlkonzerne wesentliche Marktanteile an die ausländischen Konkurrenten abgeben mußten, in einzelnen Sparten bis zu 40%. Insbesondere Japan und die USA konnten ihre Absatzmärkte ausdehnen.

Dies war den hiesigen Stahlkochern eine Lehre. Seitdem hat der Kampf um Absatzmärkte den BRD-Stahlkonzernen wesentliche Vorteile gebracht, insbesondere gegenüber den europäischen Konkurrenten. Ursache dafür waren:

- die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wobei die BRD noch relativ günstig abschnitt
- Verfall der Währung, wobei die DM relativ stabil blieb und dadurch günstige Exportpreise möglich waren

- die Verteuerung der Rohstoffe, besonders sei hier das Öl und die US-Kohle genannt. Die Bundesdeutschen griffen hier auf heimische Kohle zurück, die ihnen noch aus Steuermitteln subventioniert wurde.

Mit dieser Ausgangslage war es den bundesdeutschen Stahlkochern möglich, im Stahlboom 1972 - 1974



die Produktion gewaltig auszudehnen. Die westdeutsche Stahlindustrie verzeichnete mit ihren 7,5% die größte Steigerungsrate seit Bestehen der BRD. Nach Schätzungen der 'Welt' betrugen die Nettogewinne der Stahlkocher etwa das Doppelte des gesamten westdeutschen Industriedurchschnitts.

Diese Riesengewinne machten es möglich, eine gewaltige Umstrukturierung und Modernisierung der Stahlindustrie durchzuführen.

Kaum setzte 1975 eine neue Konjunkturkrise ein, kündigten die BRD-Stahlkapitalisten an, daß sie ihre gute Position vor allem gegenüber der EG ausbauen wollten. Den Absatzschwierigkeiten begegneten sie vor allem rigoros mit bundesweiter Einführung von Kurzarbeit, Beschäftigungsabbau und Lohnraub.

Im Zeitraum von 1974 bis 1978 wurden in der bundesdeutschen Eisen- und Stahlbranche 44300 Menschen entlassen, zum Vergleich in Belgien 10900, Frankreich 21000 und in Italien 4000 eingestellt. Im gleichen Zeitraum wurden in der BRD Investitionen in Höhe von 3,17 Mrd europäische Rechnungseinheiten in derselben Industrie getätigt, zum Vergleich Belgien 1,2 Mrd, Frankreich 2,4, Italien 2,7 und Großbritannien 3,6, wobei Großbritannien mit Abstand die ältesten Produktionsstätten besaß.

Von 1974 bis 1980 wurden in der BRD veraltete Produktionsstätten mit über 10 Mio Rohstahl- und 5 Mio t Walzstahlkapazität stillgelegt (1). Die Erzeugung wurde auf Anlagen mit hoher Kapazität konzentriert und mit modernsten Verfahrenstechniken ausgebaut. So liegt heute

die moderne und qualitativ hochwertige Stahlproduktion der BRD deutlich über dem Durchschnitt der übrigen EG-Länder. Auf Grund der hohen Gewinne von 1972 bis 1974 konnte sich die BRD in allen Bereichen auf die kommende Entwicklung einstellen. Damit waren für sie optimale Bedingungen geschaffen um auf dem immer enger werdenden internationalen und EG-weiten Stahlmarkt zu expandieren.

Internationale Arbeitsteilung

Der Stahlmarkt ist weltweit in Bewegung. Ursache ist nur zum Teil der Krisenzyklus der kapitalistischen Industrieländer. Darüber hinaus beginnen "industrialisierte werdende" Länder der "3. Welt", ihren Stahlbedarf selber zu decken. Dabei ist dieser Schritt nicht als Entwicklung zur Selbstständigkeit zu verstehen, sondern "vernunftsmäßige kapitalistische Logik". Würde der steigende Stahlbedarf der betreffenden Länder in den Industriemetropolen gedeckt werden, wären Kosten erforderlich, die durch die Gewinne nicht mehr zu decken wären. Vielmehr ist man schon seit längerem dazu übergegangen, sogenannte Mini-Stahlwerke in die entsprechenden Länder schlüsselfertig zu verkaufen (z.B. Salzgitter AG) oder sich finanziell und technologisch an solchen Projekten in den "Schwellenländern" zu beteiligen. Kawasaki Steel und der italienische Stahlkonzern Finsider haben sich z.B. an der Errichtung eines Stahlwerkes

in Brasilien beteiligt und sind Übereingekommen, einen Exportanteil von 40% für den eigenen Verbrauch zu übernehmen. BRD-bezogene Beispiele sind uns nicht bekannt, aber hier dürfte es ähnlich aussehen.

Die Stahlproduktion in den "Schwellenländern" ist also mehr als Ergänzung als Konkurrenz zu verstehen. Gerade der hohe technologische Stand der BRD-Stahlbranche fördert diese Entwicklung. "Die deutschen Unternehmen haben ihre Programme schon diversifiziert. Sie haben sich vor allem in der Stahlerzeugung selbst auf die Qualitäten und Verarbeitungsverfahren konzentriert, die so viel Erfahrung und Kundennähe voraussetzen, daß ihnen die neuen Konkurrenten (gemeint sind die "Schwellenländer"-Verf.) auch in späteren Jahren kaum ins Gehege kommen können. Die deutet in die Richtung einer marktkonformen Arbeitsteilung"(2) und erfüllt die Funktion des Abhängighaltens. Der Vorsitzende der "Vereinigung Eisen und Stahl" und Thyssen-Chef Spethmann sagte dazu: "Die meisten Stahlerzeugnisse, die heute in Deutschland hergestellt werden, sind kapitalintensiv. Was den Entwicklungsländern aber fehlt, ist Kapital. ...Natürlich nehmen wir die Konkurrenz aus Brasilien, Mexico, Venezuela und Korea ernst, um nur diese Länder zu nennen. Ich lebe aber nicht in der Vorstellung, daß das Industrieland Bundesrepublik sich mit dem Stahlbedarf einer leistungsfähigen Verarbeitungsindustrie im größeren Umfang vom Stahl aus Übersee abhängig machen könnte"(3).

Strukturkrise und Stahlkrieg

Die 1975 einsetzende Konjunkturkrise entwickelte sich rasch zur Strukturkrise. Der Stahlmarkt hatte Ende der 70er Jahre einen gewissen Sättigungsgrad erreicht. Besonders der Nachholbedarf der durch den 2. Weltkrieg zerstörten Industrieländer mit dadurch lange garantiertem Wirtschaftswachstum hatte in der westeuropäischen Stahlindustrie zu einer Ausdehnung der Kapazitäten geführt. Darüber hinaus konnten die EG-Länder ca. ein Drittel des US-amerikanischen Stahlimports decken. Als die Wachstumsphase der hochentwickelten Länder beendet war und der "normale" kapitalistische Alltag mit seinen Krisenerscheinungen wieder einsetzte, sank der Stahlbedarf wieder deutlich ab und wurde durch die o.g. internationaler Arbeitsteilung in den Metropolen noch verstärkt. Während die Rohstahlproduktion von 1970-1975 um 16% angestiegen war, nahm sie von 1975-1980 nur noch um 2% zu.

Trotz einer in der BRD um fast ein Viertel und in der EG gesamt um ein Fünftel gedrosselten Produktion sanken Nachfrage und damit verbunden die Preise im Krisenjahr 1975 empfindlich. Einige



Erzeugnisse wurden 1975 um die Hälfte billiger gehandelt als 1974 (4).

Alle westeuropäischen Stahlunternehmen waren sich einig, daß solche Einbrüche in Zukunft verhindert werden mußten um die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht aufs Spiel zu setzen. Über die Frage des "Wie" gab es allerdings erbitterte Kämpfe, auf die wir hier nicht genauer eingehen wollen. Wesentliche Ursachen für diese Auseinandersetzungen waren die bundesdeutschen Stahlproduzenten, die Lösungen forderten, die sie gegenüber ihrer Konkurrenz einseitig bevorzugen würden.

Man einigte sich schließlich auf die Errichtung eines europäischen Dachverbandes der nationalen Stahlkochenunternehmensverbände, genannt "Eurofer". Auf Grund des starken wirtschaftlichen und politischen Drucks von Seiten der BRD bestand die Hauptaufgabe von Eurofer darin, für eine Verknappung des Stahlangebots über Stilllegung veralteter Anlagen im europäischen Ausland zu sorgen und eine freiwillige Quotenregelung (d.h. es darf nur noch eine bestimmte Menge Stahlgüter produziert werden) durchzusetzen, um darüber die Preise in die Höhe zu treiben. Dies führte in den folgenden Jahren tatsächlich zu gewaltigen Entlassungswellen vor allem in Frankreich, Großbritannien und an der Saar. Trotzdem ging es den Herren der deutschen Stahlbranche zu langsam. Man protestierte gegen die Subventionspolitik der übrigen europäischen Regierungen, die zerstörend auf "Preisniveau und marktwirtschaftliche Investitionskräfte" (5) wirken. Mit anderen Worten: Solange andere Regierungen ihre Stahlindustrie beschützen würden, könnte die bundesdeutsche Stahlindustrie dort keine Marktanteile gewinnen. Die Reaktion der BRD ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Die freiwillige Quotenregelung wurde nicht mehr beachtet. Daraufhin zogen die anderen Länder nach und es kam wieder zu einer "Stahlschwenne", die den Zusammenbruch der Preise bewirkte. Wieder mußte neu verhandelt werden und es wurde ein Kompromiß erreicht, der wiederum der BRD Vorteile

versprach. Zwar wurden neuerliche Quotenregelungen vereinbart, in gewinnträchtigen Bereichen wie Edelstahl, Röhren und Weißblech waren sie aber minimal bzw. überhaupt nicht vorhanden, sodaß hier vorzugsweise die BRD, die über die technischen Ressourcen verfügt, munter drauflos produzieren und im Vergleich zu den europäischen Konkurrenten dicke Gewinne einstreichen konnte. 1981 wurde dann schließlich ein Stahlbeihilfekodex verabschiedet. Damit sind "die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die politische, aber auch die rechtliche Verpflichtung eingegangen, bis zum Ende des Jahres 1985 Beihilfezahlungen einzustellen, Kapazitätsabbau durchzusetzen und die Restrukturierung ihrer Stahlunternehmen zu betreiben" (6), was zu einer neuerlichen gewaltigen Entlassungswelle in den betreffenden Ländern führte.

Aber auch in der BRD wurden die Messer gewetzt, denn die Kapazitäten der hiesigen Stahlindustrie waren nur zu 60% ausgelastet (7). So sorgten in der ersten Hälfte der 80er Jahre die von der Bundesregierung beauftragten Gutachten zur Sanierung der bundesdeutschen Stahlindustrie für helle Aufregung. Demnach sollten sich verschiedene Fusionsgruppen bilden und den Kampf um Marktanteile nach alter kapitalistischer Tradition ausfechten (die schwachen bleiben auf der Strecke). Die Vorstellungen über Beteiligungen der einzelnen Konzerne an den Superkartellen wechselten, das Ergebnis blieb aber immer das gleiche: Thyssen, Krupp und Hoesch sollten überleben, während die anderen das gleiche Schicksal ereilen sollte, wie jüngst die Maxhütte. Fassen wir zusammen:

Die Stahlindustrie hat sich auf Grund der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit selber in eine Krise gestürzt, wobei für die Kapitaleigner der Begriff der Krise nur relativ ist. Durch eine Produktionsneugestaltung und -umstrukturierung sowie harten Konkurrenzkampf innerhalb der EG wird diese Situation vor allem von der bundesdeutschen Stahlbranche überwunden werden. Für die Arbeitskräfte bedeutet das extreme soziale Belastung, sei es durch verschärfte Arbeitshetze, Lohnverringerung oder durch Massenarbeitslosigkeit.

Vom Stahlkonzern zur Atomindustrie

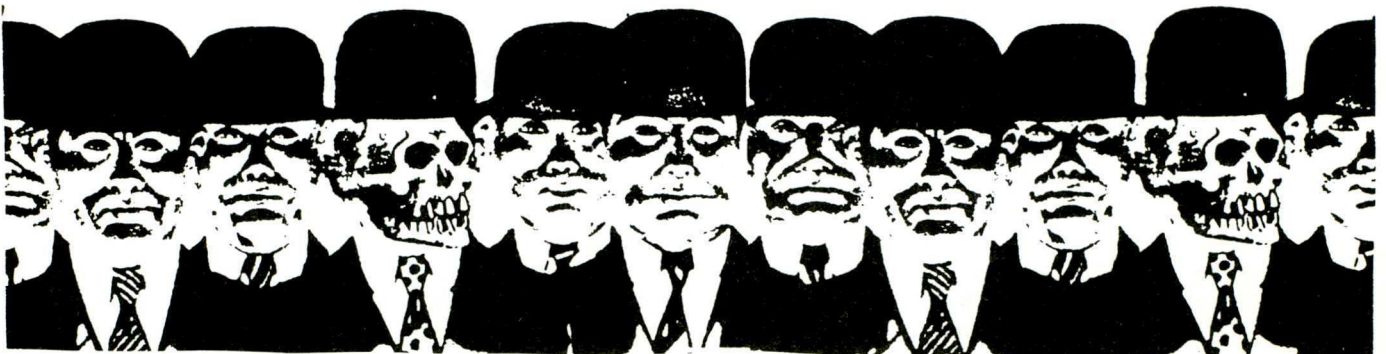
Für die Salzgitter AG lief die Entwicklung nicht anders als vorher allgemein aufgezeigt. Schon längst hatte der Konzern wie alle anderen seiner Branche auch neue Industriezweige erschlossen. Von der allgemeinen Stahlherstellung hatte man sich auf die Produktion hochwertiger Stähle und vor allem auf den Maschinen- und Anlagenbau sowie andere weiterverarbeitende Bereiche hin orientiert. Anfangs, um sich den Gewinn in der weiterverarbeitenden Industrie zu sichern, später um wenigstens einen Bereich in dem ruinösen Wirtschaftskrieg zu haben, der schwarze Zahlen schrieb. Aber auch hier führten die zunehmenden Krisenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftswelt zu immer heftigeren Flauten.

Um selber in dem kräftig mitverursachten Strudel nicht unterzugehen, müssen Dienstleistungsbereiche gefunden werden, die folgende Kriterien erfüllen:

- Die Profitrate muß möglichst hoch sein (dies läßt sich am besten da finden, wo möglichst wenig Konkurrenz ist)
- Der Bereich darf nur geringe oder gar keine auf den allgemeinen Wirtschaftszyklus bezogene Krisenanfälligkeit besitzen
- Er muß Aussicht auf relativ langanhaltenden Bedarf haben

Die Atomtechnologie ist ein solcher Bereich.

Nun ist die Verflechtung Stahl- und Atomindustrie für die Salzgitter AG gegenüber den anderen Stahlkonzernen kein herausstechendes Merkmal. Alle anderen hängen ebenfalls kräftig über den Maschinen- und Anlagenbau mit drin. Qualitativ verschieden sind nur die darüber hinausgehenden Nutzungsmöglichkeiten der Salzgitter AG. So hat sich der Konzern nicht nur auf den Aufbau von Atomkraftwerken spezialisiert, er ist auch wie kein anderer seinesgleichen im Recycling- und Endlagergeschäft vertreten. Über den Besitz des Schachtes Konrad und die Beteiligung an der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) kann und wird er eine Monopolstellung mit einigen "klassischen"



Atomunternehmen entwickeln. Wir werden darauf in einem anderen Artikel noch genauer eingehen. Aus der Bedeutung Schacht Konrads für den Salzgitter Konzern folgt aber auch, daß das Endlager nicht nur ein ökologisches Problem ist, sondern es stecken die handfesten Profitinteressen eines der größten bundesdeutschen Wirtschaftsunternehmens dahinter.

Quellen:

- (1) Frankfurter Rundschau vom 25.10.80
- (2) Frankfurter Allgemeine vom 27.9.80
- (3) Einsen und Stahl 14/80
- (4) Frankfurter Rundschau vom 17.7.76
- (5) Spethmann in Einsen und Stahl 14/80
- (6) Narjes in Einsen und Stahl 11/82
- (7) Frankfurter Allgemeine vom 4.11.81

DIE SALZGITTER GRUPPE

Die Salzgitter Gruppe oder auch Salzgitter AG hat insgesamt 40000 Beschäftigte und einen

Jahresumsatz von ca. 11 Mrd DM und gehört somit zu einem der größten Industrieunternehmen der BRD.

Ihre einzelnen Unternehmungen gliedern sich wie folgt auf:

Grundstoffindustrie

Grundstoffe und Nebenprodukte

Stahlwerke
Peine-Salzgitter AG
Peine

FELS-WERKE
Peine-Salzgitter GmbH
Goslar

Dr. C. Otto Feuerfest GmbH
Bochum

GFR Gesellschaft für die Aufbereitung und Verwertung von Reststoffen mbH
Langenhagen

Energiewirtschaft

Deutsche Schachtbau- und Tiefbohrergesellschaft mbH
Lingen

Kavernen Bau- und Betriebs-GmbH
Hannover

Weiterverarbeitung

Oberflächenveredelte Feinbleche

SALMAX Gesellschaft für oberflächenveredelte Feinbleche mbH
Salzgitter

Schiffbau

Howaldtswerke - Deutsche Werft AG
Kiel

Nachrichten-, Meß- und Regeltechnik

HAGENUK GmbH
Kiel

HDW-ELEKTRONIK GMBH
Kiel

NIS Norddeutsche Informations-Systeme GmbH
Kiel

Verkehrstechnik

Linke-Hofmann-Busch Waggon-Fahrzeug-Maschinen GmbH
Salzgitter

Scharfenbergkupplung GmbH
Salzgitter

Förder- und Systemtechnik

Salzgitter Maschinen und Anlagen AG
Salzgitter

TURMAG Turbo-Maschinen-AG Nüsse & Gräfer
Sprockhove

PEINER Hebe- und Transportsysteme GmbH
Trier

Salzgitter Kocks GmbH
Bremen

Bautechnik

KERMI GmbH
Plattling

Wolf Klimatechnik GmbH
Mairburg

Komponenten und Zubehör

Kloth-Senking Metallgießerei GmbH
Hildesheim

PEINER Umformtechnik GmbH
Peine

Dr. Alois Stankiewicz GmbH
Celle

HDW-ISOL-ERTECHNIK GMBH
Kiel

Anlagenbau, Industrieplanung, Handel, Verkehr

Anlagenbau, Industrieplanung

Salzgitter Industriebau GmbH
Salzgitter

Salzgitter Consult GmbH
Salzgitter

LGA Gastechnik GmbH
Remagen-Rolandseck

Salzgitter Lummus GmbH
Wiesbaden

Noell GmbH
Würzburg

KRC Umwelttechnik GmbH
Würzburg

Schulte-Müller-DOG GmbH
Bochum

Verkehr

Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter GmbH
Salzgitter

WINTRANS GmbH
Duisburg

Hansaport Hafenbetriebs-gesellschaft mbH
Hamburg

Handel, Ausland

Salzgitter Stahl GmbH
Düsseldorf

Mit Gesellschaften in:
Atlanta, Brüssel, Chicago,
Houston, Lagos, London,
Madrid, Mailand, Mexico D.F.,
Paris, Wien

Peiner Stahllexport GmbH *
Peine

Handel, Inland

Salzgitter Stahl GmbH
Düsseldorf

Tochtergesellschaften

Stahlhandel
Peine-Salzgitter GmbH
Berlin (West), Fürth, Gladbeck,
Hamburg, Hannover, Mannheim

Feuchter GmbH *
Stuttgart

Schedler Stahlhandel GmbH *
Heilbronn

Fixmaßblech GmbH *
Plochingen

Dobberkau Stahlhandel GmbH & Co KG *
Celle

Eisen-Henke GmbH & Co KG *
Hannover

Thiele Stahl GmbH & Co KG *
Bremen

Peiner Agrar- und Brennstoffhandel GmbH
Peine

DEUMU Deutsche Erz- und Metall-Union GmbH
Hannover

Ernst Biskupek GmbH & Co KG
Aluminium-Schmelzwerk-Metallhandel
Hannover

Die Salzgitter-Gruppe
Übersicht nach Tätigkeitsbereichen
Stand: 1. Februar 1987

* sind in dem nachfolgenden
Lieferprogramm nicht aufgeführt



Für uns interessant sind folgende Einzelunternehmen:

- Stahlwerke Peine-Salzgitter AG
- Deutsche Schachtbau- und Tiefbohrgesellschaft
- Kavernenbau- und Betriebs GmbH
- Salzgitter Maschinen und Anlagen GmbH (SMAG)
- Noell GmbH
- Salzgitter Pyrolyse GmbH (SPG), eine Tochter der Noell
- DEUMU - Deutsche Erz- und Metallunion GmbH

Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern ist nur ein erster Überblick oberflächlicher Untersuchungen. Tatsächlich dürfte die Salzgitter AG noch weit stärker im Atomgeschäft stecken.

Stahlwerke Peine-Salzgitter AG

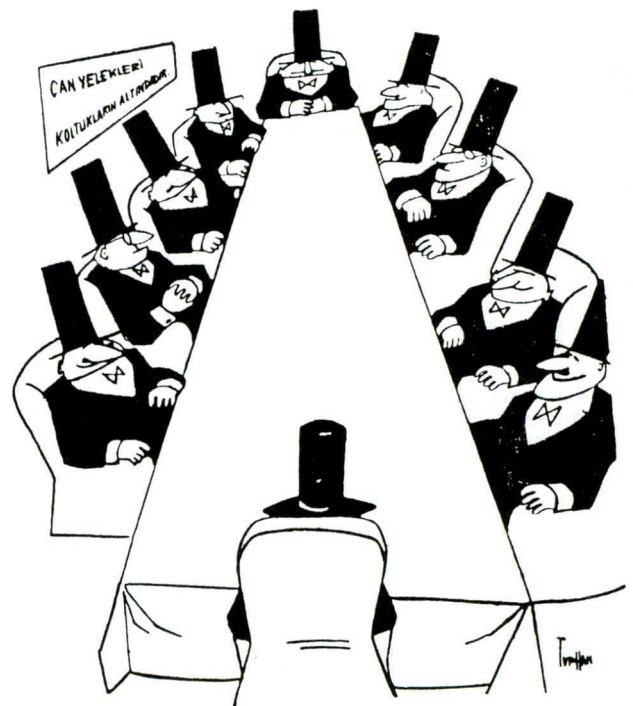
Die Stahlwerke liefern Stahlerzeugnisse aller Art für die Weiterverarbeitung im Maschinen- und Anlagenbau für die Atomwirtschaft. Speziell sind es Rohprodukte für die SMAG und Noell. Darüberhinaus wurden in der Gießerei des Unternehmens Transport- und Lagerbehälter für radioaktiven Müll entwickelt, die spätestens bei der Endlagerung in Schacht Konrad eine große Rolle spielen werden. Gehen wir von der geplanten Einlagerkapazität von 1 Million m³ aus, dürfte das in 200-1 bzw. 400-1-Fässer umgerechnet einer Faßmenge von 5 bzw. 2,5 Mio Fässern entsprechen. 8 bzw. 4 Fässer sollen in einem Lagercontainer verpackt in der Schachtanlage endgelagert werden (Angaben nach Hepp). Selbst unter ungünstigen Lagerbedingungen dürften einige zig-tausend Behälter anfallen - auf alle Fälle ein lukratives Geschäft, von der Herstellung der Rollreifenhäuser ganz zu schweigen.

Bleibt die Frage, wem dieser Auftrag zukommen wird. Bekanntlich werden diese öffentlich ausgeschrieben und das billigste Angebot erhält den Auftrag. In diesem Fall würde es aber nicht verwundern, wenn als ausschlaggebender Faktor die Besitzverhältnisse der Schachtanlage eine Rolle spielen. Schließlich gehört der Schacht immer noch der Salzgitter AG, die darüberhinaus noch zu einem Drittel an der DBE, der geplanten Betreibergesellschaft von Konrad, beteiligt

ist. Daß diese Bedingungen als Faustpfand eingesetzt werden, liegt auf der Hand und wurde von dem CDU-Umweltausschußvorsitzenden der Stadt Salzgitter ausdrücklich gefordert.

Deutsche Schachtbau- und Tiefbohrgesellschaft

Genauer ist uns darüber nicht bekannt. Es wurden aber Bohrfahrzeuge im Zusammenhang mit den Tief- und Probebohrungen in der Asse gesehen.



Turhan Selçuk, 5.11.1958

Die Schwimmwesten befinden sich unter ihrem Sitz

Kavernenbau- und Betriebs GmbH

Im Rahmen des "Projekts Sicherheitsstudien Entsorgung" wurde 1984 mit der Anlegung eines Kavernentyps im Salzbergwerk Hope begonnen, der nach künstlicher Flutung Auskunft über mögliche Störfallereignisse geben soll. Der gleiche Kavernentyp ist im Salzbergwerk Asse als Endlagerkammer für flüssigen radioaktiven Abfall geplant. An dem Versuch waren neben dem BmFT und der PTB als ausführende Firma die Kavernenbau- und Betriebs GmbH beteiligt (Nach Atomwirtschaft 10/85 S. 514).



Salzgitter Maschinen und Anlagenbau GmbH

Neben allgemeinen Anlagen- und Maschinenbau ist die SMAG spezialisiert auf Förderungstechnik 'unter Tage'. Sie beliefert heute noch den Schacht Konrad mit entsprechenden Maschinen und wird dies auch tun, wenn während des Endlagerbetriebs die Lagerkammern weiter aufgeföhren werden. Darüberhinaus warb sie in einer Informationsbroschüre mit ihrem Bau von Reaktorbehältern für AKWs (Stand 1980). Inwieweit solche Dienstleistungen von der SMAG heute noch angeboten werden oder ob sie im Rahmen der Anfang der 80er Jahre durchgeführten Neustrukturierung des Salzgitter Konzerns an die Noell abgegeben wurden, entzieht sich unseren Kenntnissen. Auf alle Fälle ist das Produktionsangebot in der 'Familie' geblieben.

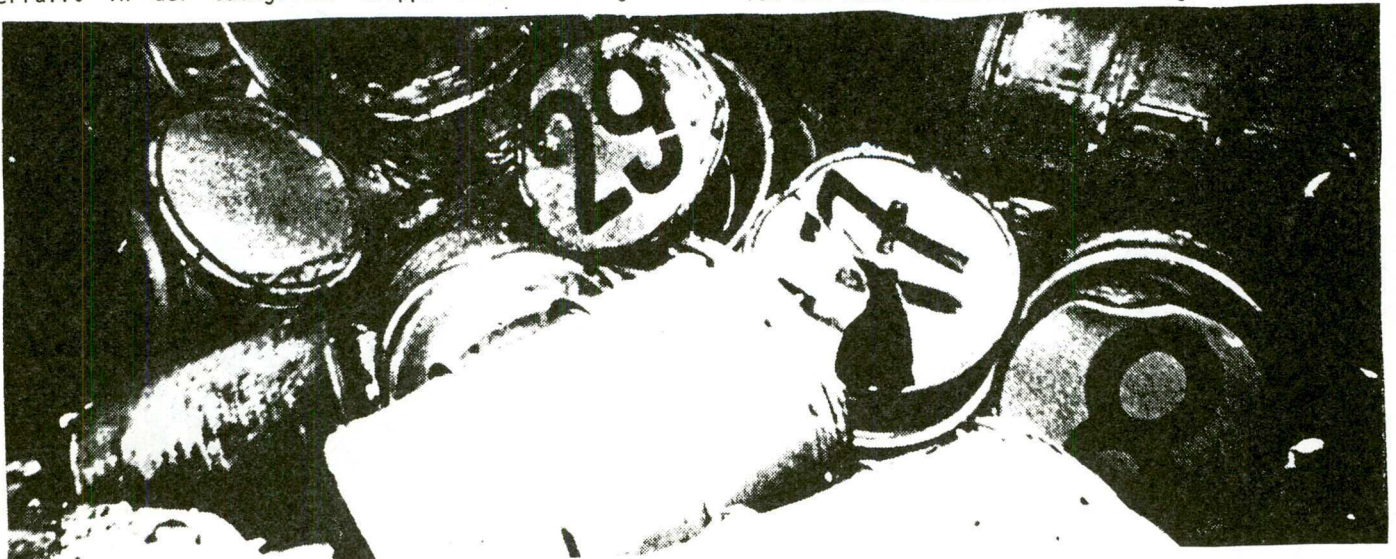
Noell GmbH

Die Noell gehört seit 1970 zur Salzgitter Gruppe. Zu ihren umfassenden Programmbereichen gehören u.a. "Kerntechnik, Nuklearservice, Abbruch, Entsorgung und Endlagerung von Nuklearabfall" sowie "Entsorgung von Sondermüll, thermische Abfallbehandlung, Pyrolysetechnik" (nach: SalzgitterLieferprogramm Stand 2/87). Bekanntgeworden ist die Firma durch den jetzt von ihr begonnenen Abriß des AKW Niederaichbach. Die Noell ist im Salzgitter Konzern die Nahtstelle zwischen klassischer Stahlproduktion samt entsprechender Dienstleistungen und Atomwirtschaft. Hauptsächlich über sie ist die Salzgitter Gruppe dick im Atomgeschäft tätig, wie nachstehende Tabelle zeigt. In einer Denkschrift zum 150 jährigen Bestehen der Firma heißt es, daß dem auf sich alleingestellten Unternehmen eine derartige Menge und Qualität von Aufträgen versagt geblieben wäre. "Noell erfüllt in der Salzgitter Gruppe einen Beitrag

im Zusammenwirken vieler Kräfte für eine integrierte Gesamtleistung...Daraus resultieren vielfältige Kooperationen, bei denen Noell im Sinne optimaler Arbeitsteilung seine produktionstypische Leistung einbringt und fallweise auch die Führungsrolle als Generalunternehmen einnimmt" (Broschüre zum 150. Jubiläum).

Mit anderen Worten: Die Noell führt im spezifischen Bereich Atomtechnologie Aufträge aus, sie nimmt oftmals auch im Rahmen dieser Aufträge eine Organisationsfunktion innerhalb des Konzerns wahr, wobei entsprechende übrige Firmen des Konzerns Zulieferfunktion erhalten. Die Salzgitter Gruppe verdient aber nicht nur am Bau von technischen Einrichtungen von Atomanlagen, wobei sie meist auf firmeneigene Rohmaterialien und Planung zurückgreift. Sie ist darüberhinaus, wiederum über die Noell, in das Recycling- und Endlagergeschäft eingestiegen. Über den Abriß von Niederaichbach erworbenes Know How und technische Anlagen samt Bedienung werden ihr eine Vorreiterstellung bescheren, die so schnell von keinem anderen strittig gemacht werden kann. Um diese Marktlücke auszuschöpfen und sicherlich auch für sich zu schützen, ist die Noell zu einem Drittel in die DBE eingestiegen. Auch hier winken hohe Gewinne. Schließlich wird das Endlager nicht als kostenloser Service betrieben.

Um die Endlagerkapazität voll auszuschöpfen, ist eine Konditionierung des Atom Mülls wirtschaftlich sinnvoll. U.a. soll der "nicht" radioaktive Müll, der bei Abriß von Atomanlagen etc. anfällt und brennbar ist, in einer Pyrolyseanlage platzsparend verbrannt werden. Dies kann in der Pyrolyseanlage in Salzgitter geschehen. Betreiber und Besitzer dieser Anlage ist die Noelleigene 'Salzgitter-Pyrolyse GmbH' (SPG). Aber auch bei der Entwicklung von fast allen anderen Verfahrenstechniken der Konditionierung ist die Noell federführend beteiligt.



...ERST MAL SEH'N WAS NOELL SO HAT

aus dem Lieferprogramm der Noell für die
Atomindustrie (aus: Kernenergie Adressbuch für
die BRD):



Versuchsanlagen im Auftrag
Techn. Wissenschaftl. Arbeiten
Schwermontage Atomanlagen

Schraubenspannvorrichtungen, hydraulisch
Bolzen, Schrauben, Muttern
Liner für Spannblech, -Druckgefäße
Reaktoreinbauten
Druckabbausystem
Rohrleitungen für Hilfskreisläufe
Rohrleitungen für Versorgungssysteme
Regelstabsführung- und Antriebsteile

Schweißzusatzwerkstoffe

Wiederholungsprüfungen an Systemen und Komponenten
Qualitätsprüfungen
Werkstoffprüfungen
Schweißarbeiten (Reaktorqualität)
Schweißnähte, Wärmebehandlung
Sonderentwicklung in Auftrag

Nuklearer Apperatebau
Druckbehälter
Gasabklingbehälter
Lagertanks für flüssiges Gas
Moderatorbehälter
thermische Isolierung
Material- und Personenschleusen
Luke, Schotten
Spezialventile
Hydraulische Anlagen
Pneumatische Anlagen
Stoßdämpfer
Stahlbau am Kernkraftwerk
Stahlhülle, Containment
Montageöffnungen, Sicherheitsumschließungen
Stahleinbauten in Druckschale
Krananlagen im Kontrollbereich
Krananlagen im Maschinenbereich
Hebenbühnen
Ladelifte
Förderanlagen
Wasserbau

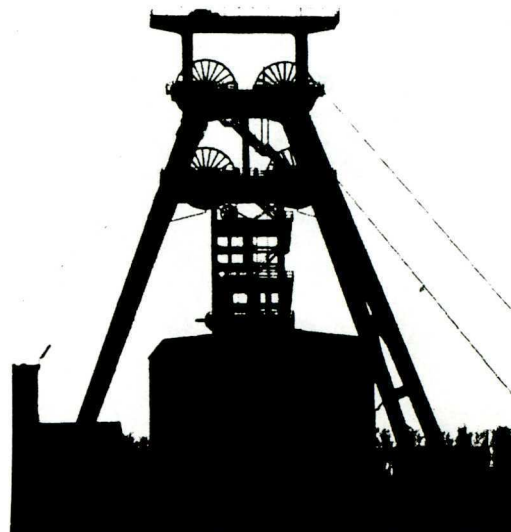
Einlaufkanal
Schornstein
Reaktorlade- und Entladevorrichtungen
Lademaschinen, -versorgungssysteme
Brennelemente- (BE) Lagerbecken
BE-Transporteinrichtungen, Kernkraftwerk
BE-Absetzeinrichtungen

Transportbehälter für BE
Zerlegemaschinen für BE
Pressen für radioaktiven Abfall
Behälter für radioaktiven Abfall

Dekontaminationseinrichtungen
Abschirmelemente
Strahlenschutzkästen
Handschuhkästen
Heiße Zellen, komplett

Manipulatoren
Spezialwerkzeuge, fernbedient
Strahlenschutztüren
Durchführungen durch heiße Zellen
Probeentnahmeeinrichtungen
Abschirmelemente, Entwurf und Bau
Transportbehälter für radioaktiven Abfall

Reaktortanks
Bestrahlungskanäle
Versuchskreisläufe



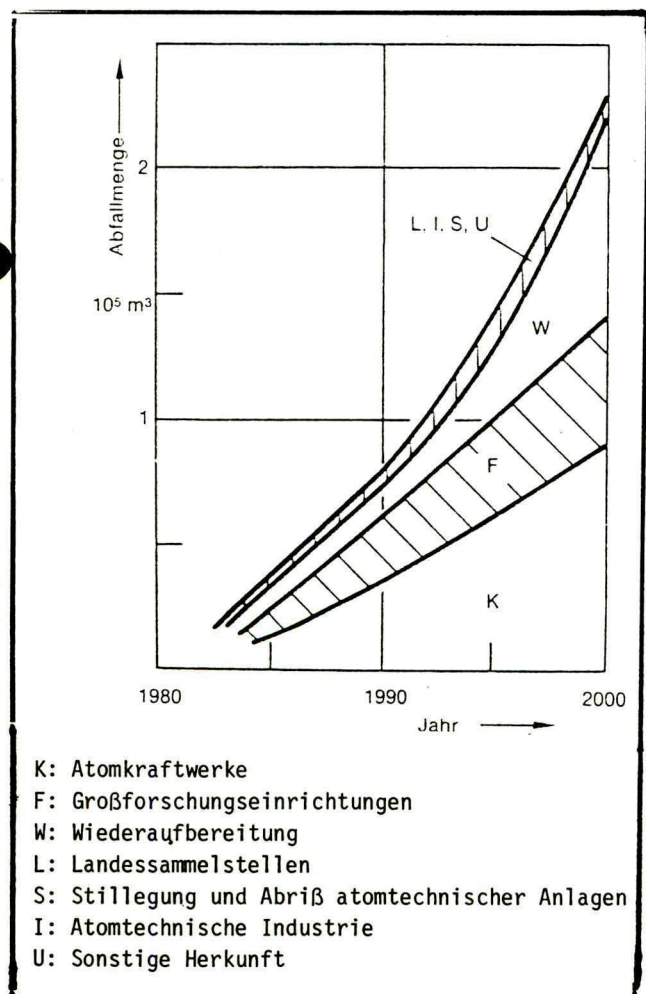


ZUR 'ENTSORGUNG' RADIOAKTIVER ABFÄLLE

Wir wollen im Folgenden einen Überblick über Menge und technische Methoden der Entsorgung radioaktiver Abfälle in der BRD geben. Es werden dabei nur die für Konrad in Frage kommenden Abfallarten (das sind immerhin 95% des gesamten Atom Mülls) berücksichtigt. Als Quelle diente uns wenn nicht anders ausgewiesen der Artikel "Entsorgung radioaktiver Abfälle" von H. Hepp

Für das Jahr 2000 wies der Entsorgungsbericht der Bundesregierung von 1983 insgesamt ein Atom Müllvolumen von 327700 qm aus. Diese Schätzung wurde unter der Annahmen durchgeführt, daß

- radioaktive Abfälle aus der geplanten WAA in Wackersdorf ab 1995 anfallen
 - radioaktive Abfälle aus den ausländischen WAAs ab 1990 zurückgenommen werden
 - bis zum Jahr 2000 eine AKW-Kapazität von 30 Gigawatt installiert sein wird
 - der jährliche Anfall radioaktiven Mülls nach heutigem Aufkommen konstant bleiben wird
 - der Müll aus bestimmten Anlagen(hier nicht weiter aufgelistet) berücksichtigt wird.
- Eine Aufschlüsselung nach Verursachergruppen ist der folgenden Graphik zu entnehmen:



Seit Bestehen des bundesdeutschen Atomprogramms hatte man die Entsorgung der radioaktiven Abfälle im Vergleich zur Entwicklung der Kerntechnik als Stiefkind behandelt. Auf Grund der sicherheitstechnischen Probleme (selbst bei den Betreibern schien sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß sie ihren Müll nicht überall stapeln können) und vor allem der Erkenntnis, daß sich aus der Entsorgung Kapital schlagen läßt, wurden in den letzten Jahren zunehmend technische Einrichtungen entwickelt, die das Volumen des Atom Mülls verringern können. So ergaben neuere Berechnungen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) unter Berücksichtigung der neuen Verfahren eine Volumenreduzierung des Mülls von o.g. 327700 m³ auf 238000 m³ für das Jahr 2000.

KONDITIONIERUNGSVERFAHREN

Flüssige Rohabfälle



Hier werden Filterschlämme oder Verdampferkonzentrate über Trocknungsanlagen verfestigt. Nach diesem Prozess werden sie in Zement oder Kugelharze eingegossen und in Fässer verfüllt. Entsprechende Dienstleistungsunternehmen stellen dazu sowohl mobile Anlagen vor Ort als auch stationäre an einem zentralen Punkt zur Verfügung. Bei letztgenannter Möglichkeit erfolgt der Transport dorthin in 10-m³-Spezialbehältern. Vorteil der stationären Anlage soll die nochmalige Volumenreduzierung sein. In einem chemischen Verfahren lassen sich radioaktive Bestandteile abtrennen und in Zement gießen, während die übrig bleibenden Abfallstoffe in Hochtemperaturöfen bei einer Wärme von 1500°C bei Volumenverkleinerung verschlackt werden. "Einschließlich der Fixierung mit Zement werden Volumenreduktionsfaktoren bis zu 10:1 und bei der Granulatherstellung sogar bis zu 30:1 erhalten".

Mischabfälle

"Mischabfälle, die man in Kernkraftwerken nach 'brennbar' und 'nicht brennbar' getrennt sammelt und auch vermischt aufbewahrt, können zur Behandlung zu zentralen Aufbereitungsanlagen transportiert oder auch z.B. mit einer mobilen Presse am Kraftwerkstandort weiterverarbeitet werden. Dazu füllt man die Abfälle in Blechtrommeln und die entstandenen Preßlinge

"Entsorgung radioaktiver Abfälle" von H. Hepp
in: VGB Kraftwerkstechnik 67 2/87
S.:161 ff

H. Hepp: Mitarbeiter der Preussen Elektra AG,
AKW Würzburg

nach dem Messen der Dosisleistung in 200-l-Fässer bzw. zu einem späteren Zeitpunkt in Container. Durch die modernen Hochdruckpressen mit 1000-1500t Druck ist also eine weitere Volumenreduktion erreichbar.

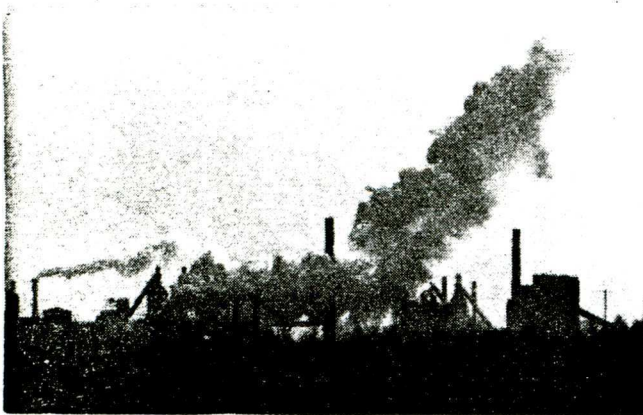
Unsortierte Mischabfälle können in speziellen Behältern zu zentralen Aufbereitungsanlagen und dort nach dem Sortieren für die Verbrennung oder das Verpressen bereitgestellt werden.

Die Verbrennungsrückstände werden gesammelt und in Zement fixiert. Die in Zement eingebundene Asche kann durch Verpressung noch weiter eingeeengt werden. Mit den Preßlingen wird wie schon beschrieben verfahren. Metallabfälle, die z.B. bei Nachrüstungsmaßnahmen oder der Stilllegung von Kernkraftwerken in großem Umfang entstehen, können gemäß §9 AtG schadlos verwertet werden. So wurden u.a. 500t Umrüstungsabfälle aus dem Kernkraftwerk Würgassen und bisher 970t Stilllegungsabfälle aus dem Kernkraftwerk Gundremmingen, Block A, durch Beizen mit Säuregemischen bzw. durch Elektropolieren soweit dekontaminiert, daß man sie für die schadlose Verwertung freigeben konnte. Für etwa 90% der Abfälle kann mit Hilfe dieser Methoden die Freigabe zur schadlosen Verwertung erreicht werden, während die übrigen 10% z.B. Teilabschnitte mit ungünstiger geometrischer Form oder Schweißnahtbereiche, für die Zwischen- oder Endlagerung verarbeitet werden müssen."



Schmelzofen für radioaktiven Schrott

Nach einer Meldung des 'Handelsblattes' vom 30.10.86 wird im Kernforschungszentrum Karlsruhe derzeit ein Industrieschmelzofen errichtet. Beteiligt an diesem Projekt ist die Noell GmbH. In dieser Anlage soll zerlegter Stahlschrott eingeschmolzen werden, der radioaktiv verseucht ist und nach herkömmlichen Dekontaminierungsverfahren (d.h. Entseuchung) nicht gereinigt werden kann. Bei dem Einschmelzungs Vorgang soll etwa die Hälfte der radioaktiven Substanzen in die Schlacke übertreten, die dann regulär endgelagert werden muß. Der neu gewonnene hochwertige Edelstahl soll bei verbleibender Restmenge von Radioaktivität wiederverwertet werden. Allein aus dem AKW Niederaichbach, das von der Noell abgerissen wird, fallen 1700t radioaktiven Schrotts an. Bis 1990 sollen 16 große Reaktoren allein in der EG außer Dienst gestellt werden. Weltweit gibt es derzeit ca. 100 stillgelegte Atomanlagen (nach 'Stern' 4/85). Da fällt eine Menge Schrott an. Allerdings wird wohl nicht jede Anlage abgerissen werden und von der anfallenden Stahlmenge wird nur ein Teil in einen speziellen Schmelzofen wandern. Der weitaus größere Teil des Altmetalls soll nach Angaben der Noell eine Strahlungsintensität besitzen, die eine angeblich schadlose Wiederverwertung außerhalb atomgesetzlicher Bestimmungen ermöglicht. Das bedeutet dann, daß der Schrott überall eingeschmolzen werden kann, wie z.B. in der Dürener Gießerei Lendersdorfer Hütte. Hier hatte sich allerdings der Betriebsrat gegen eine solche Arbeit ausgesprochen, weil nach Auskunft der Noell ein Überschreiten des genehmigungsfreien Grenzwertes nicht auszuschließen sei.



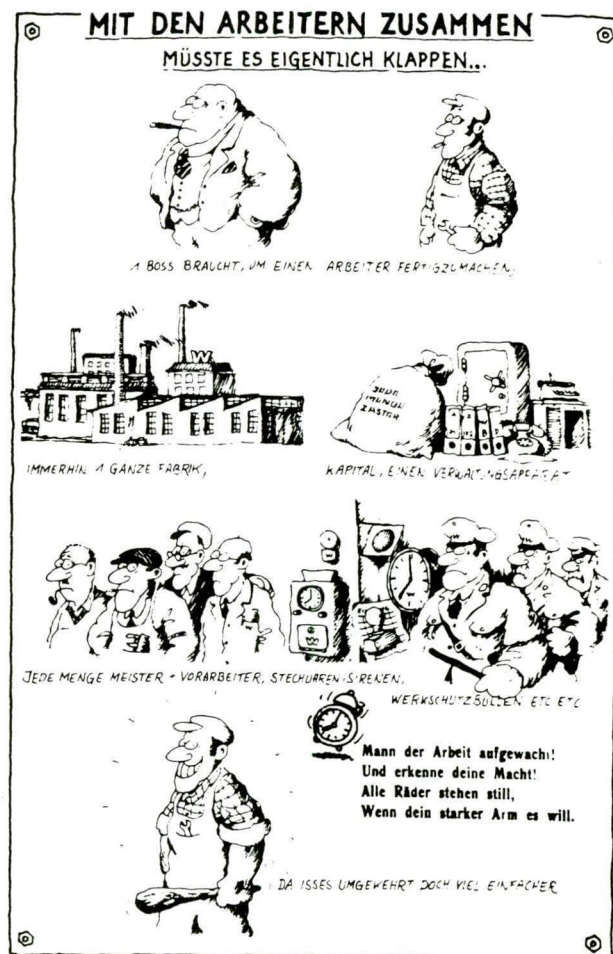
Hochradioaktive Stahlelemente wie Core-Einbauten (Herzstück des Reaktors) oder Brennelementkästen werden unter Wasser zerkleinert, verpresst und in Gußbehältern endgelagert.

1983 wurde im Kernforschungszentrum Karlsruhe eine Anlage zur Zerkleinerung und Kompaktierung dem Betrieb übergeben. Kernstück der Anlage ist eine 1500t-Pressen, die Schrottteile von bis zu 100t Gewicht so behandeln kann, daß sie anschließend in 200-l-Fässer endgelagert oder verschrottet werden können. (nach 'Atom und Strom' 6/83 S. 162 f).

Eine andere Möglichkeit, Stahlschrott zu dekontaminieren, ist die Methode, die in Geesthacht von der Noell praktiziert wird. Hier wird einfach nur ohne irgendwelche Sicherheitsbestimmungen die Oberfläche des Stahls abgeschliffen oder abgebeizt.

Zementierungsanlagen

Zementierungsanlagen gibt es sowohl in der mobilen als auch in der stationären Ausführung. Ihr Einsatz "beschränkt sich nicht nur auf die Bearbeitung von flüssigem Abfall. So werden z.B. getrocknete Filterkonzentrate mit verhältnismäßig niedriger Aktivität mit Zement vermischt. Auf diese Weise wird im Vergleich zum Verfestigen von flüssigen Abfällen eine beachtliche Volumenreduktion erreicht. Bei der Einbindung getrockneter Filterkonzentrate konnte auch Verdampferkonzentrat mit der entsprechenden Aktivität als "Anmachwasser" für den Zement verwendet werden."



SCHACHT KONRAD -

GRÖSSTES ENDLAGER

WESTEUROPAS...

Schacht Konrad ist eine 1976 stillgelegte Erzgrube. Die erzführenden Schichten befinden sich in einer Tiefe zwischen 800 und 1300 m, nach oben und unterhalb liegender wasserführender Schichten durch Ton relativ gut abgedichtet.

Diese Ausgangsbedingungen scheinen für die Atomindustrie ausreichend zu sein, 95% des anfallenden Atommülls dort einzulagern. Einziges Auswahlkriterium für oder gegen eine Endlagerung im Schacht scheint derzeit noch die Temperaturentwicklung des Mülls zu sein. Stark wärmeentwickelnder Abfall - das trifft nur noch auf abgebrannte Brennelemente zu - sollen nicht in der Erzgrube abgestellt werden. Aber hier dürften uns noch einige Überraschungen bevorstehen, entpuppt sich doch der für Brennelementelagerung vorgesehene Salzstock Gorleben zunehmend zum Fiasko. Und großzügig mit Menschenleben ist man ja. Das hat nicht nur der vermeidbare "Unfall" in Gorleben gezeigt, sondern auch der großzügige Umgang mit der

Klassifizierung des Atommülls, der nach Konrad kommen soll.

Hieß es Ende der 70er Jahre noch, in den Schacht komme nur leichtaktiver Atommüll (die SPD-Salzgitter wollte bei anderslautender Entscheidung Sturm laufen und der Salzgitter Konzern den Schacht nicht verkaufen), gab das Bundesforschungsministerium (BmFT) Anfang der 80er Jahre zu, daß auch mittelaktiver Müll hier endgelagert werden solle. Mittlerweile wurde extra für Konrad die Klassifizierung der Atommüllarten in der BRD geändert. Nicht mehr die Radioaktivität des Abfalls ist ausschlaggebend, sondern die Temperaturentwicklung. Und damit kann nach Salzgitter jeder Mist und sei er noch so giftig und radioaktiv, nur wärmeentwickelnd darf er (noch ?) nicht sein.

Dementsprechend wurden auch die Lagerkapazitäten angelegt. Im derzeitigen Grubengebäude ist geplant, einen Endlagerhohlraum von 1 Million



m³ aufzufahren. Eine weitere Ausdehnung ist in ferner Zukunft nicht auszuschließen. Allerdings soll das geplante Fassungsvermögen bis in das Jahr 2040 ausreichen. Erinnern wir uns: Für das Jahr 2000 ist der in und für die BRD anfallende Atomüllberg auf ein Volumen von 238000 m³ geschätzt, das ist ungefähr ein Viertel der Kapazität von Konrad. Dieser Berg soll innerhalb der ersten 6 Betriebsjahre unter Tage gebracht worden sein. Da der Endlagerbetrieb nicht als notgedrungene Serviceleistung der Verursacher (Elektrizitätsunternehmen) betrieben wird, sondern als eigenständiges Dienstleistungsunternehmen (es ist ja zielstrebig u.a. von der Salzgitter AG dazu entwickelt worden), unterliegt es auch dem kapitalistischen Verwertungsprozeß. Daraus folgt, daß

betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte gegenüber dem derzeitigen Endlagernotstand der BRD an Gewicht gewinnen. Es muß demnach im Interesse der Betreibergesellschaft von Konrad liegen, die notwendigerweise eintretende Flaute der Kapazitätsauslastung des Endlagers nach den 6 Betriebsjahren möglichst gering zu halten. Hier bietet sich der Verkauf von Lagerkapazität ins Ausland oder auch der Abriß entsprechender Anlagen an, wovon wiederum die Salzgitter AG profitieren würde. Konditionierung und Recycling lassen sich also über platzsparende Endlagerung in Profit umrechnen. Dementsprechend kommen den im voranstehenden Artikel beschriebenen technischen Verfahren und Konzepten große Bedeutung zu. Bleibt also nur die Frage des Standorts solcher Anlagen.

.. UND MAGNET FÜR ATOM-INDUSTRIE

Derzeit befinden sie sich zerstreut in den einzelnen AKW's oder in in den Forschungseinrichtungen der Bundes. Nicht nur unwirtschaftlich lange Transportwege erfordern eine Konzentration, sondern auch die Kombination verschiedener Konditionierungssysteme, um eine möglichst effektive Verwertung zu erreichen (vergleiche dazu voranstehenden Artikel).

Übernehmen wir einmal die kapitalistische Logik, erscheint eine Kombination mobiler Konditionierungsanlagen und einer großen stationären zur restlichen Aufarbeitung am Standort des Endlagers am sinnvollsten. Funktion der mobilen Anlage wäre eine transportgerechte Verpackung und Vorbehandlung des Abfalls, während in der stationären Anlage am Schacht Konrad die endgültige Verfestigung, Verbrennung,

Verpressung und Verpackung stattfinden könnte. Auch die atomare Schrottaufbereitung ist in Salzgitter technisch möglich.

Nun könnte mensch sagen, das seien alles Hirngespinnste. Solche Anlagen müßten im Planfeststellungsverfahren zum Endlager ausgewiesen sein und es ist tatsächlich nur ein oberirdisches Zwischenlager zusätzlich beantragt. Auch soll eine Konditionierungsanlage mit o.g. Funktion im Wendland errichtet werden, zumindest hat die DWK einen Kurzbericht darüber erst jüngst veröffentlicht. Trotzdem halten wir die Ansiedlung solcher Industrie zumindest für den Müll, der in Konrad endgelagert werden soll, aus eben genannten Gründen für zwingend. Auch gehen entsprechende Anlagen das Planfeststellungsverfahren für das Endlager nichts an. Aus politischer Sicht wäre es auch mehr als dumm, neben dem ohnehin schon heiklen Thema Konrad noch zusätzlich für Sprengstoff zu sorgen, zumal es jedem Menschen einsichtig sein wird, daß die radioaktive Verseuchung der Umwelt durch die Konditionierung im Normalbetrieb wesentlich höher sein wird als die eines Endlagers.

Ein interessanter Aspekt dabei ist, daß ein Teil der Anlagen in Salzgitter schon vorhanden



ist. So befindet sich auf dem Gelände von P&S eine Schrottverwertungsanlage für Zerkleinerung und Verpressung von Schrott. Dieser wird in den Hochöfen des Hüttenwerks dann auch wieder eingeschmolzen. Ebenso will die Noell mit der Pyrolyseanlage auf dem Gelände von P&S ein dickes Geschäft machen. Hier soll giftiger Industrieabfall in einem Hochtemperaturofen verbrannt werden, ein Verfahren das mit der Behandlung flüssiger radioaktiver Abfälle (s. vorigen Artikel) identisch ist.

Auch wenn Kommunalpolitiker der CDU darüber jammern, nach Salzgitter komme nur der Müll, aber keine atomare Industrie, ist festzustellen, daß heute schon Elemente einer möglichen Konditionierungsanlage in Betrieb sind. Dem Geschwätz kommt eindeutig die Funktion der Ablenkung zu. Darüber hinaus soll vermutlich auch über politischen Druck, ähnlich wie bei der "Entschädigung" für den abgeworbenen Standort der WAA, gewährleistet werden, daß der Salzgitter-AG möglichst viele Folgeaufträge zugeschoben werden.

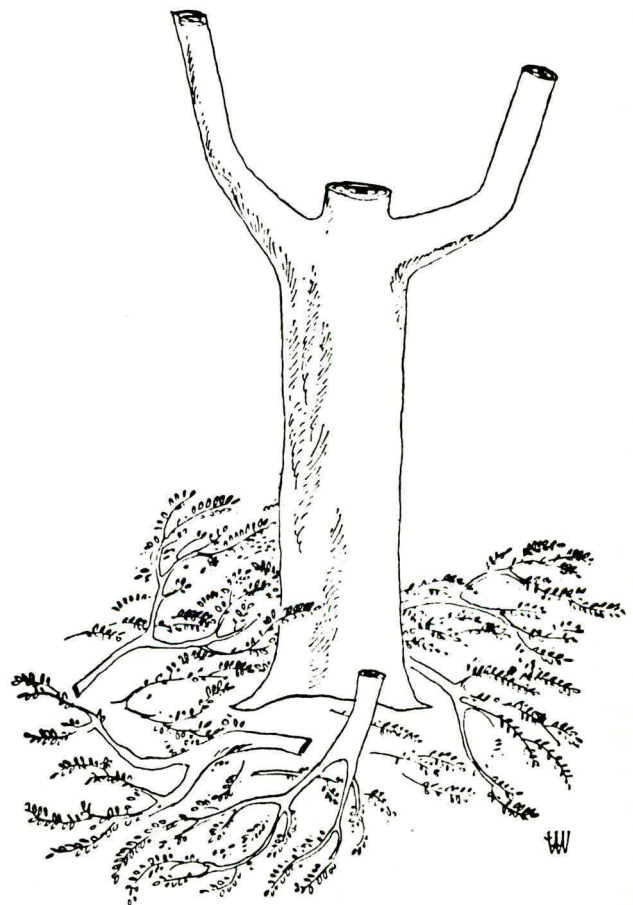
POLITISCHES BEMÜHEN UM ATOMARE FOLGEINDUSTRIE

Jahrelang wurde die Auseinandersetzung um Schacht Konrad auf die Sicherheitsdebatte der Atommüllendlagerung fixiert. Erst mit Verschärfung der Stahlkrise und den drohenden drastischen Auswirkungen auf den Standort Salzgitter wagte das CDU-Dreiergespann MdB Sauer, MdB v. Essen und Wirtschaftsdezernent Fruhner die Debatte auf neue atomare Industrieansiedlung zu erweitern. Termingerechtem sich zuspitzenden Stahlkonflikt wurde bekannt, daß v. Essen bei der DMK Salzgitter als Standort einer WAA empfohlen hatte. Zwar wurde von Seiten der Stadt erklärt, daß dies ohne ihr Einverständnis und Wissen durchgeführt wurde, dafür nutzten Sauer und Fruhner die Situation, in mehreren Stellungnahmen für die Ansiedlung zukunftsweisender Technologien (sprich Atomindustrie) zu werben, zumal es doch mit dem Stahl bergabgehe.

So stümperhaft dieser Versuch vielleicht auch gewesen sein mag, so war es doch die Einleitung einer bis heute anhaltenden Kampagne seitens der CDU-Salzgitter, über Konrad weitere Atomindustrie in die hiesige Region zu bekommen. Wir wollen im folgenden Artikel diese Kampagne nachzeichnen, weil wir davon ausgehen, daß nicht einige CDU-Matodoren auf eigene Faust eine ganze Industrieregion nachhaltig verändern wollen, sondern daß sie im Dienst der Salzgitter AG handeln. An den Äußerungen ist dann auch zweierlei

abzulesen: einmal handelt es sich um den Versuch, die Bevölkerung auf weitere Industrieansiedlung einzustimmen. Dies wird auf eine sehr vorsichtige Weise betrieben. Es wird nicht über konkrete Projekte diskutiert, bei denen dann die Sicherheitsdebatte eine mögliche Akzeptanz erschweren würde. Das Akzeptanzverhalten soll gerade über den negativen Aspekt aufgebaut werden (für den Müll sind wir gut genug und die Industrie bekommen dann die anderen). Zum zweiten zeigt die Kampagne ansatzweise wie Konkurrenzkampf innerhalb der Atomwirtschaft politisch entschieden werden soll.

Rund ein Jahr nach dem Höhepunkt der Debatte um die Umstrukturierung der Bundesdeutschen Stahlindustrie, bei der Salzgitter längerfristig auf der Strecke bleiben sollte, war die wirtschaftliche Situation in Salzgitter immer noch alles andere als entspannt. Die Arbeitslosenzahl betrug 14.4%, mit steigender Tendenz, denn neue Gerüchte machten die Runde. So war im Gespräch, einen wesentlichen Produktionsbereich der SMAG, den Bergbausektor, von Salzgitter nach Dülmen zu verlagern. Gleichzeitig beschloß der Vorstand der Salzgitter AG die Forschungsabteilung des Konzerns nach Berlin zu verlegen. Entwicklungsschwerpunkt



Tan Oral, 1973

dieser Abteilung soll u.a. "Kernenergietechnik einschließlich Entsorgung und Endlagerung (und u.a.) Sondermüllpyrolyse" werden (SZZ, 17.4.87). Diese Stellungnahme nahm dann auch erstmals die SPD zum Anlaß, indirekt den Pro-Atomkurs der kommunalen CDU zu übernehmen. "In der Diskussion wies Ratsherr Ernst Franz darauf hin, daß der Rat seine Zustimmung zur Inbetriebnahme des Schachtes Konrad nicht nur von den Sicherheitsrisiken, sondern auch davon abhängig machen solle, ob die dafür notwendige technische Ausrüstung aus Salzgitter käme" (SZZ, 10.4.84). Erst zwei Monate vorher hatte die CDU im Rahmen des Salzgitter-Besuches des niedersächsischen Ministerpräsidenten deutlich formuliert: "Sollte das Planfeststellungsverfahren Schacht Konrad als Endlager unter Berücksichtigung aller Sicherheitsmaßnahmen dazu führen, daß eingelagert werden kann, dann müsse die Stadt rechtzeitig dafür sorgen, daß sich aus dieser Zweckbestimmung auch finanzielle Vorteile ergeben. Es könne nicht angehen, sagte von Essen, daß einerseits am Standort einer Wiederaufbereitungsanlage durch die stromerzeugende Wirtschaft, sei es über Steuern dierkt oder durch Investitionen sowie durch Infrastrukturmaßnahmen des Bundes und des Landes, erhebliche Strukturverbesserungen erfolgen, und andererseits am Endlagerstandort zumal nach den jetzigen Planungen - dem Volumen nach 50% der Abfälle einer WAA eingelagert werden sollen, ohne daß die Verhältnismäßigkeit eines möglichen wirtschaftlichen Nutzens wahrgenommen wird." (SZZ, 15.2.84).

Diese Stellungnahmen machen deutlich, daß es zwischen Wirtschaftsinteressen der Stadt (Steuern, Verbesserung der Infrastruktur, Industrieansiedlung) und Salzgitter-Konzern (Monopolsicherung im atomaren Recyclings- und Endlagerbereich) zu einer Interessengleichheit gekommen ist. Je stärker der Konzern vom Standort Salzgitter aus in der Atomwirtschaft tätig wird, desto lukrativer wird das "Geschäft" für beide. Von diesem Standpunkt aus wird es auch logisch, daß sich die Stadt als Lobbyist für die Interessen des Unternehmens in die Landespolitik einbringt und auf der anderen Seite versucht, auf aufkommende Bedenken innerhalb der Bevölkerung beschwichtigend zu reagieren. So wurde z.B. auf eine Anfrage der Grünen, ob in Salzgitter ein Schmelzofen für radioaktiven Schrott geplant sei, geantwortet: "Die Verwaltung werde diese Frage im weiteren Verlauf des Planfeststellungsverfahrens im Auge behalten", bisher sei ihr darüber nichts bekannt (SZZ, den 30.3.84). Dabei dürfte auch der Stadt nicht entgangen sein, daß die Genehmigung einer solchen Anlage nichts mit dem Verfahren zu Konrad zu tun hat.

Parallel dazu wird in der Salzgitter Zeitung der von der Salzgitter AG entwickelte Lagerbehälter gezeigt und mit dem Text versehen: "Mit solchen Behältern soll radioaktiver



Müll eingelagert werden" (SZZ, den 9.4.84). Mit anderen Worten: Konrad hilft heute schon, Arbeitsplätze zu sichern.

Am 1.9.84 ist in der Zeitung zu lesen, daß sich Ministerpräsident Albrecht dafür verwenden will, "daß Salzgitter (...) bei Bauvorhaben und Investitionen des Bundes

für die Entsorgungseinrichtungen der Kerntechnik beteiligt werden muß", in welcher Form und welchem Umfang wird aber tunlichst verschwiegen. Drei Monate später wird ein Brief des CDU MdL von Essen an die PTB veröffentlicht, in dem der Abgeordnete öffentlich fordert, verstärkt Aufträge, die mit der Untersuchung des Schachtes Konrad in Verbindung stehen, an einheimische Firmen zu vergeben. Wenn die ansässige Bevölkerung schon durch Demonstrationen und Arbeitslosigkeit belastet sei, dann solle sie wenigstens von den Aufträgen profitieren (?). Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Am 10.1.85 teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit, daß die PTB im Rahmen der Untersuchungen auch ein Ingenieurbüro aus Salzgitter mit zum Zuge kommen lasse. Prinzipiell gelte aber, "daß die Vergaben auch im Zusammenhang mit Konrad nach dem entsprechenden Vergabeordnungen erfolgen müssen und Präferenzen nicht zulässig seien. Diese Auftragsvergabe - wurde ausdrücklich betont - habe nichts mit politischen Entscheidungen zu tun. Wer hätte das gedacht?

Bis Oktober 85 kehrte dann Ruhe ein. Eine Äußerung der DBE machte dieser aber ein Ende. Zwar hat die DBE (weil zu einem Drittel in Besitz der Salzgitter AG) ein Interesse daran möglichst viel Atomindustrie in Salzgitter anzusiedeln. Wenn es aber um Dienstleistungen firmenfremder Unternehmungen geht, setzten sich statt Verbundenheit zur einheimischen Wirtschaft, wie von der CDU immer wieder betont, ganz allgemeine kapitalistische Kriterien durch. Wenn eine auswärtige Firma billiger ist, bekommt diese eben den Auftrag. So soll nun eine Peiner Firma eine zweite Wasserleitung vom Wasserbeschaffungsamt Peine zum Schacht verlegen.





Die CDU war sauer, wollte sie doch lieber dieses Vorhaben an den ortsansässigen Mittelstand vergeben, zumal dieser auch anfangs, von negativen Auswirkungen des Endlagers auf ihre Geldbeutel zu sprechen. Entsprechend beklagte von Essen die zunehmende Agressivität der Bevölkerung gegen die Einlagerung in Konrad und forderte in einem offenen Brief den Ministerpräsidenten Albrecht auf, sich dafür einzusetzen, daß es zu einem steuerlichen Ausgleich komme zwischen den Gemeinden, in denen produktive Teile der Atomindustrie angesiedelt seien und denen, die den Müll bekommen und hierfür noch nicht einmal Gewerbesteuern kassieren könnten (nach SZZ, den 16.10.85).

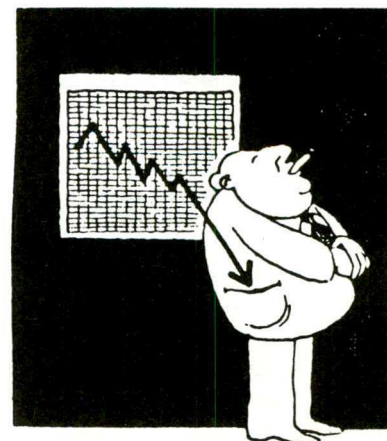
Deutliche Unterstützung bekam diesmal die CDU von dem sich bis dahin eher bedeckt haltenden Oberstadtdirektor. "Wenn schon Salzgitter unter allen Gemeinden das Odium des radioaktiven Endlagers tragen soll, dann muß dies durch entsprechende Arbeitsplätze im Vorfeld der Endlagerung kompensiert werden. Gleiches gelte auch für die Pyrolyse GmbH, die Forschungs-

Entwicklungs- und Vermarktungseinrichtungen am Ort konzentrieren müsse" (SZZ, den 24.10.85).

Während der Versuch von Essens wohl mehr als Friedensangebot an die heimischen Mittelständler zu verstehen ist (zusätzliche Steuereinnahmen versprechen Auftragsvergaben an diese Kreise, die bei leerer Kasse ausbleiben müssen), bliesen Oberstadtdirektor und in Folge der Wirtschaftsdezernent der Stadt Salzgitter, Fruhner, vor der kommunalen Wirtschaftsvereinigung wieder in das Horn der Salzgitter AG.

Letztgenannter erklärte nach der SZZ vom 21.11.85: "...Der Dienstleistungsbereich sei nach wie vor unterrepräsentiert. Daraus sei zu folgern, daß eine wirtschaftliche Umstrukturierung der Stadt betrieben werden

müsse, die eigentlich schon vor 10 Jahren hätte begonnen werden sollen. Dennoch böten sich auch heute noch Chancen für die Stadt Salzgitter in der Hauptsache in allen einem möglichen Endlager vorgeschalteten technischen und wissenschaftlichen Bereichen. Die Beispiele Karlsruhe und Jülich zeigen, daß im Umfeld solcher Anlagen doch allerhand zu machen sei. Die Entsorgung könnte ein Ansatzpunkt sein, die Wirtschaftsstruktur der Stadt schrittweise zu verändern. Allerdings sei es ein Irrtum zu meinen, diese Dinge würden von selbst auf Salzgitter zulaufen." Worüber die aktive Einflußnahme laufen wird und vor allem wer das Sagen dabei haben wird, war am 10.1.86 in der SZZ zu lesen. "Ein pikantes Detail ergab sich aus dem Vortrag über die vorgesehenen Verantwortungsstränge für das Endlager Konrad. In der übergeordneten Leitung des Endlagers soll die Bundesrepublik durch den Präsidenten der PTB vertreten werden. Die technische Leitung soll die DBE bekommen. Ausschußvorsitzender Körner (CDU, Vorsitzender des Umweltausschusses der Stadt Salzgitter) forderte energisch eine Klärung darüber, ob nicht der jetzigen Eigentümerin des Schachtes, P&S, die Leitung des Betriebes übertragen werden sollte statt der DBE, die ihren Sitz in Peine habe." Damit dürfte deutlich werden, daß die Salzgitter AG die jetzigen Besitzverhältnisse an der Schachanlage als Faustpfand für die weitere atomare Industriean siedlung nutzen will und daß ihr von Seiten der Stadtverwaltung zumindest keine Schwierigkeiten bereitet werden. Nicht zuletzt wird dies auch an den industrietouristischen Ausflügen der Stadtoberen deutlich, die nicht nur auf Konditionierungseinrichtungen aller Art in Karlsruhe oder Jülich beschränkt bleiben, sondern auch ins westeuropäische Ausland gehen.



Tan Orat



Über die negativen Auswirkungen von Schacht Konrad als atomares Endlager machen sich mittlerweile auch Landwirte und mittelständige Unternehmen Gedanken. Diese haben vor allem Sorgen um ihre wirtschaftliche Existenz in der Nachbarschaft des Atomklos und möglicher atomarer Folgeindustrie.

So hat das Peiner Landvolk im Juli 87 die Einrichtung einer Atomülldeponie in Schacht Konrad abgelehnt (PAZ, 18.7.87). Die Landwirte befürchten Absatzschwierigkeiten für Produkte aus der Umgebung eines Atomüllendlagers.

Auch der Kreisverband Salzgitter des niedersächsischen Landvolks hat Bedenken und fordert eine Absicherung der landwirtschaftlichen Betriebe und Industrie "gegen möglichen Rufmord" durch Entschädigungsgarantien.

Die Landwirte mit Grund und Boden im Bereich des Schachtes erwarten eine Wertminderung ihres Besitzes (nach SZZ, 15.2.86). Daß dies schon jetzt tatsächlich der Fall ist, beweist die Tatsache, daß landwirtschaftliche Flächen in unmittelbarer Schachtnähe schon heute nicht mehr von Banken beliehen werden (nach BZ, 11.12.86).

Die Mittelstandsvereinigung befürchtet, daß "ein Endlager in Salzgitter künftig ansiedlungswillige Betriebe abschrecken könne" (SZZ, 12.6.86).

Das Stadtgebiet von Braunschweig liegt innerhalb des 5-km-Radius um Schacht Konrad. Durch das Endlager würden in Braunschweig ca. 200 ha geplante Industrie- und Gewerbefläche nicht mehr uneingeschränkt nutzbar. So fürchtet die Stadt Braunschweig.

Daß diese Bedenken berechtigt sind, zeigt eine Studie des Baseler Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos von 1980 über die Auswirkungen der Ansiedlung von Atomindustrie im Wendland (speziell der WAA, die zu der Zeit noch im Gespräch war).

Diese Studie kommt zu dem Fazit:

"Durch den Bau der geplanten Atomanlagen würden die Menschen auf Gedeih und Verderb von der Atomindustrie abhängig. Die bisherige soziale und ökonomische Struktur würde zerstört und durch eine atomindustrielle Monokultur ersetzt werden. Im Falle einer Stilllegung von Atomanlagen würde

das Gebiet ökonomisch zusammenbrechen, mit einer fortschreitenden sozialen Verelendung. Eine Wiederherstellung des alten Zustands wäre dann nicht mehr möglich" (aus der Atomüllzeitung).

Nun ist das Wendland nicht direkt mit der Region Salzgitter/Braunschweig vergleichbar. Zwar herrscht in beiden Regionen eine hohe Arbeitslosigkeit. Das Wendland (und auch die Oberpfalz) sind aber Gebiete mit einer völlig unterentwickelten industriellen Struktur.

In der hiesigen Region hingegen ist Industrie vorhanden. Eine Monostrukturierung der Wirtschaft, die im Wendland ja erst durch die Atomindustrie geschaffen wird, ist hier aber bereits da. Salzgitter ist weitgehend von der Salzgitter AG abhängig.

Da es mit der Stahlindustrie bergab geht, und es somit für die Salzgitter AG notwendig ist, sich ein zweites Standbein zu schaffen, soll die Region vom Stahl- zum Atomstandort umstrukturiert werden. Die Folge davon wird eine weitere Verschärfung der Monostruktur sein, denn Atomindustrie hat einen abschreckenden Effekt auf andere Industrie. Dies hat selbst der Ortsrat Nordost der CDU-Salzgitter erkannt: "Wer wolle schon dort investieren, wo der Atomüll Europas abgelagert werde" (SZZ, 24.5.86).

Die Hoffnung, durch den Aufbau eines Atomindustriekomplexes in der Region die Arbeitslosigkeit zu vermindern, ist unbegründet. Die Industrie, welche sich im Gebiet eines Endlagers besonders wohlfühlen würde, ist atomare Folgeindustrie oder andere besonders menschenfeindliche Industrie, wie zum Beispiel Giftmülldeponien oder Pyrolyseanlagen. Sie bewirken eine drastische Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Selbst wenn mensch dies außer Betracht kann durch sie die Arbeitslosigkeit (welche ja durch diese Umstrukturierung mitverursacht wird) nicht vermindert werden. Eine hohe Arbeitslosigkeit ist für eine solche Industrie auch notwendig um den Widerstand der Bevölkerung gegen schlechte Arbeitsbedingungen gering zu halten. Wenn keine Arbeitsplätze da sind, muß mensch eben nehmen was kommt.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Fassen wir zusammen:

- Der Konzern steckt tief in der mitverursachten Stahlkrise.

- Da die Krise abzusehen war, hat sich die Salzgitter AG frühzeitig (wie alle anderen ihrer Branche) um neue Absatzmärkte und Dienstleistungen bemüht. Das Atomprogramm ist ein Teil davon. Die Salzgitter Gruppe ist vor allem über die Noell ein fester Bestandteil der Atomindustrie.

- Um einen zusätzlichen neuen Markt, das Recyclings- und Endlagergeschäft des Atomprogramms zu erschließen, gab der Salzgitter Konzern Schacht Konrad zur Untersuchung auf Eignung als Atommüllendlager frei. Gleichzeitig begann er über die Noell Verfahrenstechniken für die profitable Atommüllbehandlung zu entwickeln.

Konrad ist heute ein fester Bestandteil des Atomprogramms geworden. Aus unterschiedlichen Gründen haben Bund und Konzern das gleiche Interesse den Müll effektiv wiederzuverwerten bzw. endzulagern. Die einen wollen das, um die Entsorgung möglichst lange zu sichern, die wollen Geld damit verdienen.

Der Standort von Recyclings- und Konditionierungsanlagen wird nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten bestimmt werden. Nach dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit spricht alles für Salzgitter. So würde man mit einer stationären Anlage in Salzgitter unsinnig langen und gefährlichen Transportwegen aus dem Weg gehen. Der Müll könnte gleich dort konditioniert werden, wo er dann auch endgelagert wird. Diese Anlage hätte aber auch Verknüpfungspunkte zu den hier ohnehin schon ablaufenden Arbeitsprozessen der P&S AG, z.B. Pyrolyse. Nach politischen Gesichtspunkten bietet sich Salzgitter ebenfalls an - die hohe Arbeitslosigkeit läßt einen relativ geringen Widerstand erwarten.

Daraus ergeben sich für uns einige Konsequenzen, die in der bisherigen Arbeit zuwenig berücksichtigt worden sind:

Wir müssen Schacht Konrad als Endlager nicht nur ablehnen, weil er aus ökologischen und sicherheitstechnischen Überlegungen heraus untragbar ist, sondern auch weil er als Magnet weitere Atomindustrie nach Salzgitter ziehen wird. Zwar ist uns dazu keine konkrete Aussage bekannt, und die Stadt, vor allem die kommunale CDU, stellt es gerade als Manko dar, daß nach Salzgitter nur der Müll, aber keine (Atom)Industrie komme.

Wir halten dies jedoch für eines der vielen Betrugsmanöver, die wir ja gerade in Bezug auf Konrad ausgiebig genossen haben.

Ist der Schacht erst einmal Endlager, wird über kurz oder lang weitere, qualitativ wesentlich giftigere Atomindustrie folgen. Daraus werden

sich nicht mehr reparable Konsequenzen für die Wirtschaftsstruktur und Lebensqualität der hiesigen Region ergeben. Die Stahlwirtschaft wird mit oder ohne Konrad weiter rationalisieren, entlassen und stilllegen. Was an Substanz übrigbleiben wird,



Tan Oral

ist heute noch nicht abzuschätzen. Konrad und Folgeindustrie werden aber entscheidenden Einfluß darauf haben, ob sich andere Industriezweige hier ansiedeln. Das vom Landkreis Lüchow-Dannenberg in Auftrag gegebene Gutachten des Baseler Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos kommt zu dem Ergebnis, daß ein Zuzug von 'Nicht-Atom'unternehmen bei Vorhandensein von Atomindustrie sehr unwahrscheinlich ist. Das gleiche Phänomen ist heute schon in der Oberpfalz zu erkennen. Seit Bekanntgabe des Standorts der WAA wurden dort keine Neuansiedlungen mehr getätigt (mit Ausnahme entsprechender Baufirmen etc. für die WAA). In Aussicht gestellte Projekte wie z.B. ein neues Werk von Audi wurden zurückgezogen. Es ist aber auch davon auszugehen, daß der Salzgitter Konzern aktiv in die Wirtschaftsstrukturpolitik der Region eingreifen wird, denn nur über den Mangel von Arbeitsplätzen in Quantität und Qualität lassen sich Menschen zur Arbeit bei niedrigen Lohnkosten und menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen erpressen. Wie diese dann aussehen, wird heute schon z.B. in Geesthacht vorgeführt, wo die Noell ohne jegliche Sicherheitsvorkehrungen Stahl

dekontaminieren läßt. Dieser Stahl ist stark radioaktiv, einem Problem, dem die Noell durch Beschäftigung von Leiharbeitern aus dem Weg geht. Diese sind leicht austauschbar und haben dann keinerlei rechtliche Ansprüche an die Noell, wenn die zu erwartenden gesundheitlichen Folgeschäden eintreten.

Damit ist Konrad nicht nur ein Problem der UmweltschützerInnen. Vielmehr ist er gerade in der heutigen Zeit zu einem zentralen Konfliktpunkt für gewerkschaftlich und anderweitig sozialpolitisch orientierte Kreise geworden. Am Schacht wird die Frage deutlich, zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Orientierung es sinnvoller ist in den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß einzugreifen - erst wenn vollendete Tatsachen geschaffen sind (Entlassungen angekündigt werden und als Alternative qualitativ schlechtere Arbeit bleibt) oder schon bevor diese Umstrukturierung stattgefunden hat.



Zwar machen sich in der Stahlbranche tätige gewerkschaftliche Kreise, auch in Salzgitter, so ihre Gedanken, doch wird - nett ausgedrückt - mit der Tragweite der auf uns alle zukommenden Konsequenzen zu stark "hinter dem Berg gehalten". Gleiche Kritik gilt aber auch für uns. Wir haben uns auf allgemeiner Ebene mit dem Atomprogramm beschäftigt, wenn es aber um Konrad ging, beschränkten wir uns in der Argumentation auf die Verbindungen zum Atomprogramm bzw. auf die ökologische Problematik. Die Folgen für und die Beziehungen zur Wirtschaftsstruktur blieben außen vor.

Zum Zweiten bedeuten die wirtschaftlichen Interessen des Salzgitter Konzerns einen weiteren "Sachzwang" für das derzeit laufende

Planfeststellungsverfahren zum Schacht Konrad. Dazu kommen noch die politischen Interessen des Bundes an einer geregelten Entsorgung sowie die Ambitionen des Landes und der Stadt Salzgitter über Konrad eine neue Qualität der Industrie in der Region anzusiedeln.

Zusammen üben sie einen solchen Druck auf die Genehmigungsbehörde aus, daß der Ausgang des Verfahrens schon heute vorprogrammiert ist. Zwar werden hier und da auf Grund von Einsprüchen in einzelnen technischen Bereichen höhere Sicherheitsstandards erreicht werden können, eine grundsätzliche Ablehnung von Konrad und damit indirekt verbunden von atomarer Folgeindustrie wird nicht erreicht werden.

Nun wollen wir damit nicht sagen, daß eine Beteiligung an diesem Verfahren sinnlos ist. Solange Zeitgewinn für uns und höhere Kosten für die Atommafia dabei herauspringen, hat die Beteiligung einen Wert. Es muß nur deutlich sein, daß das Planfeststellungsverfahren für uns keine Kampfform zur Verhinderung der Atomanlagen ist. Eben diese Widerstandsform müssen wir heute schon gemeinsam diskutieren und in der Praxis entwickeln. Dabei heißt es neue BündnispartnerInnen in der Bevölkerung zu gewinnen.

Hier gilt es die tatsächlichen Nöte und Ängste der Betroffenen zu berücksichtigen, und das sind nun mal stärker die Sorgen um die soziale Existenz und Arbeitsbedingungen als ökologische Gesichtspunkte. Zumindest in der konkreten Situation von Braunschweig und Salzgitter wird deutlich, daß beides an sich zusammen gehört.

Unser aller Aufgabe wird es sein, dies in eine politische Argumentation und Praxis umzusetzen.



Wir hoffen, mit dieser Broschüre - bei allen Mängeln die sie hat - einen Anfang gemacht zu haben.